

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau
vom 30.08.2018**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

Vors. Schenckenberg eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 3 Mitteilung über die Genehmigung der Niederschrift vom 06.03.2018 VorlNr.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau nimmt die Genehmigung der Niederschrift vom 06.03.2018 zur Kenntnis.

TOP 4 Pflichtenbelehrung nach § 43 NKomVG und Verpflichtung des hinzugewählten Mitgliedes Claus-Dieter Thiele nach § 60 NKomVG VorlNr.

Erste Stadträtin Nadermann belehrt das hinzugewählte Mitglied Herrn Claus-Dieter Thiele seiner Pflichten und verpflichtet ihn per Handschlag.

Es erfolgt für Herrn Thiele eine kurze Vorstellungsrunde der Anwesenden.

TOP 5 Planung der Ausweich-/Umgehungsstrecken vor Beginn der Bauarbeiten Harburger Straße; Antrag der WIR-FDP vom 13.03.2018 VorlNr.
0330/2016-2021

Vors. Schenckenberg übergibt den Vorsitz an den stv. Vorsitzenden Lüttjohann.

RH Schenckenberg erkundigt sich bei der Verwaltung nach dem derzeitigen Planungsstand.

StAR Lohmann erläutert ausführlich die Vorlage. Er fügt hinzu, dass es letzte Woche ein Abstimmungsgespräch mit der Planerin der Landesbehörde wegen des Kreisels am Waldweg gegeben habe. Dabei sei zum weiteren Verfahrensablauf informiert worden, dass der Vorentwurf Ende 2018 fertiggestellt werde und Mitte 2019 der Antrag auf Planfeststellung gestellt werden könne. Gelder für die Maßnahme würden nicht vor 2021 bereitgestellt. Das bedeute, dass mit dem Baubeginn auch nicht vor 2021 zu rechnen ist.

RH Westermann fragt, ob der Punkt zu gegebener Zeit nochmal im Ausschuss behandelt werde.

StAR Lohmann erklärt, dass die Landesbehörde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Veranstaltungen für Bürger und Interessierte durchführen werde, auf denen die Planungen vorgestellt würden. Im Rathaus werde es eine Auslegung der Pläne geben. Direkt vor der Bauphase seien öffentliche Veranstaltungen zur Information geplant. Es werde also immer transparent für die Bürger verfahren.

RH Klee bietet an, die gesammelten Ideen der Antragsteller an die Verwaltung zu geben.

RH Emshoff bittet, die Informationsveranstaltungen für Bürger rechtzeitig durchzuführen. Die Infos für die derzeitigen Arbeiten an der B 75 / B 71 seien recht kurzfristig erschienen.

Erste Stadträtin Nadermann erläutert, dass dies zwei völlig unterschiedliche Verfahren seien. Bei dem Umbau der Harburger Straße handele es sich um ein formelles Planfeststellungsverfahren, bei dem die Beteiligung der Öffentlichkeit schon vorgeschrieben sei.

Herr Biere informiert, dass 2021 die Infrastrukturgesellschaft gegründet werde. Das bedeute, dass die Bewerbungen dafür schon ab 2019 liefen. Das Mittelzentrum werde in Hannover sein. Es sei nicht ausgeschlossen, dass bei der Landesbehörde in Verden kein Personal mehr zur Verfügung stehe und die Planung durch ein Ing.-Büro erfolge.

RH Schenckenberg stellt fest, dass der Antrag somit erledigt sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (W.) stellt fest, dass es keiner Beauftragung der Verwaltung bedarf, rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten an der Harburger Straße Planungen für notwendig werdende Ausweich- und Umgehungsstrecken zu erarbeiten.

RH Schenckenberg übernimmt wieder den Vorsitz.

TOP 6 Befestigung des Weges hinter der Berufsfachschule; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2018

VorlNr.
0371/2016-2021

StAR Lohmann erläutert die Vorlage und ergänzt, die Bauunternehmen seien zur Zeit derart ausgebucht, dass erst im Herbst die beauftragten Arbeiten ausgeführt würden.

RH von Hoyningen-Hüne fragt, wie grobkörnig die wassergebundene Decke ausfallen werde.

Dipl.-Ing. Ahrens antwortet, dass die Steine eine Größe von 0 – 32 mm hätten, um einen Halt zu erzeugen. Es könne noch eine Schicht feineres Gemisch darüber gezogen und angewalzt werden.

RH von Hoyningen-Hüne erläutert die Gefahr einer sehr grobkörnigen Decke, wie beispielsweise im Sternenweg, für Radfahrer.

Dipl.-Ing Ahrens entgegnet, dass im Wald eine feinere Körnung verwendet werden könne. Im Sternenweg sei dies nicht ratsam, da dort Fahrzeuge für Holzarbeiten diese zerstören würden.

Herr Thiele erkundigt sich nach einer Beleuchtung für den besagten Bereich.

StAR Lohmann berichtet, dass dieses Anliegen aus tierschutzrechtlichen Gründen seitens des Landkreises bereits abgelehnt worden sei.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau nimmt davon Kenntnis, dass sich der Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2018 hinsichtlich der Befestigung des Rad- und Fußweges in der Ahe hinter der Berufsfachschule der Rotenburger Werke erledigt hat.

TOP 7 Auftrag an externes Ingenieurbüro Planung für Endausbau Baugebiete Stockforthsweg und Brockeler Straße I; Antrag CDU-FW vom 18.05.2018

VorlNr.
0372/2016-2021

RH Klee teilt mit, dass der Antrag aufgrund der Einstellung einer zusätzlichen Tiefbauingenieurin revidiert werden müsse. Er hält den Ausbau im Jahr 2021 für zu spät. Die Anlieger hätten die Erschließung schließlich schon mit dem Grundstückspreis entrichtet und die Zustände bei starkem Regen seien unhaltbar. Er hofft, dass mit einer neuen Kraft die Planungen in 2019 aufgenommen und spätestens 2020 mit dem Endausbau begonnen werden könne. Er bittet darum, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Ausschuss für Straßen- und Tiefbau zu nehmen und sodann einen Zeitplan vorzulegen.

Erste Stadträtin Nadermann merkt an, dass der nächste Ausschuss am 29.10.2018 zum Haushalt tagen werde, die neue Bau-Ingenieurin aber erst am 01.12.2018 ihre Arbeit aufnehmen werde. Sie schlägt vor, im Frühjahr 2019 den Punkt erneut zu behandeln.

Herr Thiele macht Vorschläge zum Ausbau der Straßen im Baugebiet Brockeler Straße I.

Dipl.-Ing. Ahrens klärt auf, dass im Jahre 1984 ein Ratsbeschluss gefasst worden sei, alle neuen Wohngebiete als Spielstraße (verkehrsberuhigter Bereich) in Pflasterform auszubauen. Das bedeute, dass nur Schrittgeschwindigkeit gefahren und nur in gekennzeichneten Flächen geparkt werden dürfe. Außerdem sei jeder Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt. Vor dem Endausbau würde eine Anliegerversammlung durchgeführt, auf der Wünsche und Bedenken geäußert werden könnten.

VfA Knabe fügt hinzu, dass man bezüglich der Durchfahrten für Großfahrzeuge, wie die Müllabfuhr, sensibler denken müsse. Er habe heute an einer Besichtigungsfahrt schwieriger Stellen für die Müllfahrzeuge teilgenommen. Groß gewordene Bäume und Rabatten in Wohngebieten würden den Fahrern das Leben schwer machen. Es könne die Abfallsatzung des Landkreises dahingehend geändert werden, dass die Mülleimer nur noch an eine Seite der Straße gestellt werden dürften. Dies würde die Entsorgung zukünftig vereinfachen.

Dipl.-Ing. Ahrens weist darauf hin, dass für den Ausbau in den Wohngebieten die Befahrbarkeit für dreiaxlige Fahrzeuge, wie den Müllwagen, gegeben sein müsse. Bei Sackgassen sehe es allerdings problematisch aus.

RH Klee stellt den Antrag, den Punkt unter Vorlage eines Zeitplanes im Frühjahr 2019 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Thiele fragt, ob nicht zumindest Spielstraßen-Schilder aufgebaut werden könnten.

Dipl.-Ing. Ahrens verneint. Denn die Gegebenheiten einer Spielstraße seien ohne Ausbau nicht vorhanden.

RH Westermann befürchtet, dass ein späterer Ausbau immer teurer werde, da die Preissteigerungsrate im Straßenbau 17 % betrage. Die Frage sei dann, ob das Geld, das seinerzeit von den Käufern verlangt worden sei, überhaupt noch für den Ausbau reiche.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt im Frühjahr 2019 erneut zu behandeln.

TOP 8 Vorstellung der Maßnahme Ausbau Radweg Luhner Weg VorlNr.

StAR Lohmann und Dipl.-Ing Ahrens erläutern ausführlich die Planungen anhand eines Planes. Die Förderung für den Ausbau des Radweges betrage 50 %. Es werde noch geprüft, ob eine Förderung durch den Landkreis für eine bessere Ausstattung der Bushaltestelle möglich sei.

RH von Hoyningen-Hüne bittet, ein raues Pflaster zu nehmen. Die roten Pflastersteine seien, vor allem bei Regen, sehr glatt.

Dipl.-Ing. Ahrens stellt klar, dass für den Ausbau keine Klinker-, sondern Betonsteine verwendet würden.

RH Klee fragt nach den Gesamtkosten.

StAR Lohmann sagt eine Beantwortung im Protokoll zu.

Antwort:

Zusammen mit der zeitgleich geplanten Verbindung vom Ebbers Kamp zum Kalandshof werden die Kosten voraussichtlich 270.000 € betragen. Hiervon sind 135.000 € Förderung zugesagt.

RH von Hoyningen-Hüne möchte wissen, ob es möglich sei, auf der Brücke der Bremer Straße und der Eisenbahnbrücke weiße Begrenzungstreifen aufzutragen. Die Bereiche hätten sehr hohe Bordsteine und man könne bei Dunkelheit nur schlecht erkennen, wo die Straße beginne.

VfA Knabe gibt bekannt, dass die Markierung auf der Eisenbahnbrücke bereits einmal Thema im AK Fahrradverkehr gewesen sei, dieser Vorschlag jedoch von der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, mit der Begründung, dass es keinen rechtlichen Grund gebe, abgelehnt worden sei.

StAR Lohmann hält die Markierung auf der Verschwenkung Bremer Straße für rechtlich fraglich, bietet aber an, mit der Polizei den Vorschlag zu besprechen.

BG Lüttjohann fragt, ob die Querung in rot gepflastert werde.

StAR Lohmann verneint. Es solle keine Bevorrechtigung dargestellt werden.

RF Berg begrüßt den Ausbau und erkundigt sich, wann dieser erfolge.

StAR Lohmann erwidert, dass die Ausschreibung diesen Herbst und der Ausbau im Laufe des nächsten Jahres erfolge.

Vors. Schenckenberg unterbricht die Sitzung um 19.14 Uhr für eine Anfrage eines Bürgers. Er öffnet die Sitzung wieder um 19.16 Uhr.

TOP 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder VorlNr.

TOP 9.1 Grundwasserabsenkung in der Goethestraße VorlNr.

RH Wagner fragt, wie lange das Rohr für die Abwasserabsenkung noch in der Goethestraße liegen werde.

VfA Knabe antwortet, dass es in 14 Tagen entfernt werde.

TOP 9.2 Situation für Radfahrer in der Goethestraße VorlNr.

RH von Hoyningen-Hüne berichtet, dass gem. der StVO der Angebotsstreifen für Fahrradfahrer gar nicht benutzt werden dürfe, da der Abstand zu den parkenden Autos zu gering sei. Er schlägt vor, Piktogramme auf der Straße oder Schilder anzubringen, das die Radfahrer darüber informiere, dass sie auf der Straße fahren dürften. Außerdem fragt er, ob Maßnahmen, wie beispielsweise Abschrägungen, möglich seien, die Stufe am Rinnstein, die für Radfahrer sehr gefährlich sei, zu entschärfen.

VfA Knabe erklärt, dass die Straße für weitere Schilder zu eng sei. Er hält eine Information über die Presse für sinnvoll. Auf den Angebotsstreifen seien Fahrradpiktogramme aufgebracht. Würden jetzt auch noch derartige Piktogramme auf der Straße aufgebracht, würde es die Fahrradfahrer noch mehr verwirren.

RH Westermann erkundigt sich, ob ein Spiegel an der Ecke Goethestraße / Am Wasser angebracht werden könne.

VfA Knabe erklärt, dass dies nur an Stellen möglich sei, den nur ein beschränkter Personenkreis nutze, da weder Abstand noch Geschwindigkeit in einem Spiegel abschätzbar seien.

TOP 9.3 Beleuchtung Weg hinter dem Krankenhaus "Hinter der Klinik" VorlNr.

RF Berg fragt, ob an dem Weg hinter dem Krankenhaus "Hinter der Klinik" die Installation einer Beleuchtung möglich sei.

VfA Knabe antwortet, dass diese bereits einmal beantragt worden und vom Landkreis aus tierschutzrechtlichen Gründen abgelehnt worden sei.

RH Westermann teilt mit, dass der Kreisel bei der Aral-Tankstelle nach den Umbauarbeiten schlechter sei als vorher.

Dipl.-Ing. Ahrens merkt an, dass dies eine Maßnahme der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sei und somit auch von ihr abgenommen werde. Die Stadt habe keine Einflussnahmemöglichkeit.

**TOP 9.5 Glockengießerstraße im Bereich der ehem. Rotenburger
Rundschau**

RH Westermann berichtet, dass es in der Glockengießerstraße vor der Ampel Kreuzung Am Sande/Harburger Straße regelmäßig zu Staus komme. In der linken Spur würden so viele Fahrzeuge warten, dass die rechte Spur nicht genutzt werden könne, da sie aufgrund der geringen Breite der Straße nicht erreichbar sei. Er fragt, ob im Kurvenbereich nicht ein Baum entfernt werden und die rechte Spur verbreitert werden könne.

StAR Lohmann unterrichtet, dass beim Planfeststellungsverfahren für die Harburger Straße der Einmündungsbereich Glockengießerstraße/Mittelweg mit einbezogen werde. Das heiße, dass auch diese Problematik mitbehandelt werde.

TOP 9.6 Soltauer Straße

BG Lüttjohann bittet um Auskunft, ob in der Soltauer Straße die 70er-Zone bleibe.

StAR Lohmann antwortet, dass es noch Veränderungen geben werde. Die Tempobegrenzung werde jedoch bleiben. Dies sei eine Sache des Landkreises.

Vors. Schenckenberg schließt um 19.30 Uhr die Sitzung

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.